

Die
Gesellschaft

INTERNATIONALE REVUE FÜR
SOZIALISMUS UND POLITIK

Herausgegeben von
Dr. Rudolf Hilferding

ZWEITER BAND

1931



J. H. W. DIETZ NACHF.
BERLIN

	Seite
Reupke, Dr. Hans, „Das Wirtschaftssystem des Faschismus“ (Dr. Alexander Schifrin)	284
-, „Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft“ (Dr. Alexander Schifrin)	285
Russell, Bertrand, „Die Analyse des Geistes“ (Prof. Dr. Ernst von Aster)	192
Schwan, Bruno, „Die Wohnungsnot und das Wohnungselend in Deutschland“ (Henriette Fürth)	188
Stieler, Georg, „Person und Masse“ (Prof. Dr. Theodor Geiger)	91
Strauß, Leo, „Die Religionskritik Spinozas als Grundlage seiner Bibelforschung“ (J. P. Mayer)	573
Strunz, Johannes, „Schriftenreihe zur politischen Propädeutik“ (Dr. Albert Salomon)	574
Tacitus redividus, Die große Trommel. Leben, Kampf und Traum-lallen Adolf Hitlers (Dr. Alexander Schifrin)	281
Vierzig Jahre Kampf des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutsch-lands (Richard Seidel)	184
Volz, Wilhelm, „Die ostdeutsche Wirtschaft“ (Dr. Immanuel Birnbaum)	90
Welter, Dr. Erich, „Nachkriegskapitalismus“ (Fritz Naphtali)	534

AUTOREN-REGISTER

(Heft 7 bis 12)

	Seite		Seite
Abramowitsch, Raphael	24	Mänchen-Helfen, Otto	256, 510
Aster, Ernst von	192	Marck, Siegfried	412
Austerlitz, Friedrich	298	Marcuse, Herbert	270, 541
Bading, Harri	89	Marx, Hugo	96, 384, 569
Beyer, Georg	117	Mayer, Gustav	142
Biehahn, Walther	48, 357	Mayer, J. P.	573
Birnbaum, Immanuel	90	Mendelssohn, Kurt	445
Decker, Georg 197, 292, 385, 478, 485		Naphtali, Fritz	479, 533
Engels, Friedrich	142	Nenni, Pietro	108
Fabian, Walter	368	Nikolajewski, B.	40, 558
Fraenkel, Ernst	327	Radt, Jenny	187
Fürth, Henriette	188	Rinner, Erich	130, 242
Geiger, Theodor	91	Rosenberg, Arthur	179, 383
Gentz, Kurt	68	Salomon, Albert	574
Gringauz, M.	393	Schifrin, Alexander 166, 204, 281, 472	
Hilferding, Rudolf	1, 101, 233	Schlesinger, Jacob	161
Kantorowicz, Miron	192, 288	Seidel, Richard	183, 520
Kautsky, Karl	342, 420	Speier, Hans	576
Labriola, Arturo	9, 214	Voigt, Frederick F.	311
Laumann, Kurt	460	Wendel, Hermann	83
Leroi-Fürst, Helene	185	Wilk, Kurt	492

IN KRISENNOT

Von Rudolf Hilferding

Die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 16. Juni, auf die Einberufung des Reichstags zu verzichten und in Erwartung einiger sofortiger Milderungen in der Ausführung der Notverordnung in eine Verschiebung der Einberufung des Haushaltsausschusses einzuwilligen, war wohl die schwerste psychologische Belastung jedes einzelnen Mitgliedes. Es war nicht so, daß sich etwa zwei geschlossene Gruppen in der Fraktion gegenüberstanden; das Ringen um den richtigen Beschluß war in die Seele jedes einzelnen verlegt und jeder einzelne mußte sich immer wieder fragen, welche Entscheidung das größere — Unglück bedeutet. Es war für jeden eine tragische Situation und ihr Ernst überschattete die Reden und Argumentationen.

Diese Tragik ist begründet in dem Zusammentreffen der schweren Wirtschaftskrise mit dem politischen Ausnahmezustand, den die Wahlen vom 14. September geschaffen haben. Der Reichstag ist ein Parlament gegen den Parlamentarismus, seine Existenz eine Gefahr für die Demokratie, für die Arbeiterschaft, für die Außenpolitik. Mag man die Regierung für noch so schlecht halten, ließe man diesen Reichstag zu den ihm allein gemäßen politischen Entscheidungen freie Bahn, so wäre nur eine noch reaktionärrere Regierung das unvermeidliche Resultat. Die Demokratie zu behaupten gegen eine Mehrheit, die die Demokratie verwirft, und das mit den politischen Mitteln einer demokratischen Verfassung, die das Funktionieren des Parlamentarismus voraussetzt, es ist fast die Lösung der Quadratur des Kreises, die da der Sozialdemokratie als Aufgabe gestellt ist — eine wirklich noch nicht dagewesene Situation.

Die Lage ist nicht erleichtert, sondern erschwert worden durch die neueste Entwicklung der nationalsozialistischen Partei. Denn es ist kaum ein Zweifel mehr möglich, daß diese Partei heute viel mehr als unmittelbar nach dem 14. September gewillt, geeignet und brauchbar ist, jeder politisch- und sozialreaktionären Regierung von nationalistischem und parlamentsfeindlichem Gepräge als Stütze zu dienen.

Das Parlament als Mittel einer progressiven Politik existiert also zurzeit nicht. Der Reichstag kann nur eines bewirken: die Beseitigung der bestehenden Regierung. Das ist eben das

Paradoxe des politischen Zustandes. Die Regierung kann nicht mit dem Reichstag arbeiten, wenn sie das parlamentarische System erhalten und etwas Positives zuwege bringen will. Denn in diesem Reichstag gibt es für die meisten vitalen Fragen keine arbeitsfähige Mehrheit. Die Regierung kann aber jederzeit vom Reichstag gestürzt werden. Sie ist nicht frei wie eine Diktaturregierung, sondern sie bleibt gebunden an die Rücksicht auf jede Grenzgruppe, die sie zu jener Mehrheit braucht, die sie gerade noch nicht stürzt. Es wäre eine Summierung der Nachteile einer Diktatur- und einer parlamentarischen Regierung, wenn nicht diese Regierung, die noch parlamentarisch gestürzt werden kann, doch weniger schlimm wäre als eine nachfolgende reine Diktaturregierung.

Man muß sich also die ganze bittere Wahrheit klarmachen. Die Einberufung des Reichstags kann nur Sturz der Regierung bedeuten, sie kann keine materielle Besserung der Regierungsverordnung bringen, sondern nur eine Verschlechterung, Verschlechterung und dazu noch Verlust der Möglichkeit, zu einem verfassungsmäßigen Regime zurückzukehren. Man sieht, wie entsetzlich eng der parlamentarischen Taktik die Grenzen jetzt gezogen sind.

In dieser politischen Konstellation, die durch die Wähler am 14. September geschaffen ist, entfaltet die Wirtschaftskrise ihre schweren Wirkungen. Sie verschlechtert unmittelbar durch Lohndruck und Arbeitslosigkeit die Lage der Arbeiter und sie wirkt verheerend zurück auf die Lage der öffentlichen Finanzen. Das müßte jede Politik an sich auf das Äußerste erschweren. In demselben Augenblick, wo die Tätigkeit der Volksvertretung besonders notwendig wäre, ist aber diese Vertretung völlig unbrauchbar. Die Wirkungen der Krise treffen auf einen politischen Zustand, dessen Grundlage absolut schwankend geworden ist. Jeder Kampf um die materiellen Einzelheiten eines Gesetzes kann, in diesem Reichstag ausgetragen, das politische Ende des Systems herbeiführen. Es ist dies zugleich die letzte Ursache, weshalb alle ökonomischen und finanziellen Schwierigkeiten sich seit den letzten Wahlen zur Panik steigern und dadurch fast zur Katastrophe werden. Die Panik im Innern verbindet sich mit der Panik im Ausland — bei sechs Milliarden jederzeit fälliger Zahlungsverpflichtungen. Begreiflich, da jede wirtschaftliche und politische Frage das ganze Staatsgefüge zu erschüttern droht.

In dieser lebensgefährlichen Situation mußte die Regierung mit besonderer Vorsicht in der inneren wie in der auswärtigen Politik verfahren. Sie hat das nicht getan und wenn das

Schlimmste vermieden sein sollte — noch ist die letzte Entscheidung nicht gefallen -, dann dankt Deutschland, dann dankt die Welt das der Sozialdemokratie.

Die Regierung Brüning hat das Gegenteil dessen getan, was sie nach ihrer eigenen Zielsetzung hätte tun müssen. Das gilt für die innere, das gilt für die Außenpolitik. Eine Notverordnung, die eine finanzielle Sanierung brachte, war notwendig geworden. Daß ihre Bestimmungen harte Opfer auferlegten, war nicht zu vermeiden. So aufreizend, wie sie ist, brauchte sie aber nicht zu sein. Die Abbaumaßnahmen sind ins Willkürliche gesteigert, um Mittel für dunkle Arbeitsbeschaffungsprojekte und romantisch-reaktionäre Arbeitsdienstpläne zu gewinnen. Bestimmungen, wie die der Ausnahme der Jugendlichen aus der Arbeitslosenversicherung fügen zur sozialen Ungerechtigkeit und Härte die politische Gefahr, ein Heer von jugendlichen Arbeitslosen in das Lager der Extremen zu treiben. Die Krisensteuer ist ein Hohn auf den selbstverständlichen Grundsatz der Finanzpolitik, das Arbeitseinkommen nicht schwerer zu besteuern als anderes Einkommen. Diese Notverordnung ist und bleibt bekämpfungswert und diese Ansicht ist nicht nur die Ansicht der Sozialdemokratie, sondern fast aller, die nicht im Lager der Katastrophenpolitiker stehen. Die Regierung mußte wissen, daß diese Notverordnung sofort politische Hochspannung erzeugen würde.

Die akute Verschärfung der inneren Politik trat ein in einem Moment scharfer außenpolitischer Spannung. Die Wirtschaftskrise hat die Frage der Reparationen und Auslandsschulden auf die Tagesordnung gesetzt und keine deutsche Regierung konnte anders, als diese Frage in den Mittelpunkt ihrer Politik zu rücken. Eben deshalb mußte mit größter Sorgfalt verhütet werden, daß von Deutschland irgendwelche außenpolitische Beunruhigung ausgehe. Man mußte alles tun, um die Stimmung in den Gläubigerländern und namentlich in Frankreich zugunsten Deutschlands zu beeinflussen. Es handelt sich dabei nicht bloß um die außenpolitischen Voraussetzungen der diplomatischen Aktion, sondern auch darum, der deutschen Wirtschaft zusätzliche Erschütterungen zu ersparen. Denn jede Wiederaufrollung des Reparationsproblems ruft unvermeidlich eine gewisse Nervosität hervor, und der deutsche Kredit hängt in besonders starkem Maße von psychologischen Faktoren ab. Was haben wir statt dessen erlebt? An Stelle einer vorsichtigen, auf Beruhigung des Auslandes, zumal Frankreichs gerichteten Politik einige unüberlegte Husarenritte, die natürlich keinen positiven Erfolg gebracht, aber die außenpolitische Situation Deutschlands ver-

schlechtern haben. Und dazu die Indifferenz der Regierung gegenüber den Provokationen des Stahlhelms, den unverantwortlichen Reden des Generals von Seeckt und dem ganzen, sich immer wieder erneuernden nationalistischen Gehabe.

Es war die Folge der so geschaffenen Spannung, daß die deutsche Kreditlage so außerordentlich empfindlich für jeden Stoß wurde. Die erste Erschütterung kam durch den Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt. Man befürchtete namentlich in Amerika, daß ähnliche Ereignisse auch in Deutschland möglich wären. Die vorhandene Nervosität wurde gesteigert durch die Unklarheit über die reparationspolitischen Absichten der Regierung und dazu kam die außerordentlich kritische innerpolitische Situation, die durch die Veröffentlichung der Notverordnung geschaffen und sogleich durch das verantwortungslose Treiben der Deutschen Volkspartei aufs äußerste zugespitzt wurde. Damit war die Kreditpanik da mit der Kündigung der Auslandskredite, der Kapitalflucht und den enormen Devisenabflüssen.

In dem Zeitpunkt, in dem die sozialdemokratische Fraktion ihre Entscheidung zu fällen hatte, am 16. Juni, hatte die Reichsbank annähernd 1000 Millionen Mark an Geld und Devisen verloren. Sie war an der Nähe der Golddeckungsgrenze angelangt. Eine Unterschreitung der Deckungsgrenze, die übrigens im Bankstatut vorgesehen ist, bedeutet augenblicklich eine Erhöhung des Bankdiskonts zunächst auf 9 Proz. Sie macht aber zudem Restriktionsmaßnahmen erforderlich, die eine Steigerung der Beunruhigung, weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise und vermehrte Arbeitslosigkeit zur Folge hätte. Der Ueberbrückungskredit von 250 Millionen Mark für das Reich war gefährdet, es war nicht sicher, ob die Ueberweisungen an die Länder am 19. Juli rechtzeitig erfolgen, die Auszahlung der Beamtengehälter und der Unterstützungen in den Gemeinden gesichert wäre. Und zu alledem wären die nicht übersehbaren Wirkungen einer Steigerung der in der Entwicklung begriffenen Panik gekommen.

Die Regierung verhielt sich vollkommen starr. Sie lehnte nicht nur Änderungen der Notverordnung, nicht nur die Einberufung des Reichstags ab, sie weigerte sich auch, durch Verhandlungen im Haushaltsausschuss eine Grundlage zu schaffen, auf der Vereinbarungen zur Beseitigung der schlimmsten Härten sich alsbald hätten ermöglichen lassen. Sie erklärte ihre Demission zu geben, wenn der Ausschuss einberufen würde.

Und dennoch! Verzichtete die Sozialdemokratie auf die Einberufung des Reichstags, auf die Aufhebung der Notverordnung, übernahm sie dann nicht — wenigstens scheinbar — eine Verantwortung, die zu übernehmen unmöglich war? Die Verordnung hatte draußen im Lande und den Organisationen beispiellose Entrüstung geweckt, sollte die schuldige Regierung länger geduldet werden? Die Notverordnung bringt die Sanierung nur für die Reichsfinanzen, sie überläßt den Gemeinden die Sorge für ein Defizit von einem Drittel bis zu einer halben Milliarde Mark. Auch die Nichteinberufung des Reichstags setzt der akuten Finanzkrise noch nicht mit Sicherheit ein Ende. Ist unter solchen Umständen nicht die Grenze überschritten, die taktischen Erwägungen gesetzt ist? Besteht nicht die Gefahr, daß diese Politik von den Massen nicht verstanden wird? Ist dies aber der Fall, dann setzen wir die Stärke der Partei und der Gewerkschaften auf das Spiel und wenn der Entscheidungskampf zwischen Faschismus und Diktatur, zwischen Aufrechterhaltung und Vernichtung der Sozialpolitik droht, dann gehen wir mit verminderter Kraft in den vielleicht doch unausweichlichen, schwersten Kampf.

Das Schicksal der Sozialdemokratie ist in der deutschen Situation zugleich Schicksal der Demokratie, damit Schicksal des Staates. Denn nur ein Narr mag sich vorstellen, daß sich in Deutschland eine Diktatur gründen ließe ohne schwerste Erschütterung im Innern, ohne stärkste Gegenstöße von außen, Erschütterungen, von denen sich nicht sagen läßt, ob sie von der geschwächten Kraft des deutschen Volkes noch überwunden werden können. Wenn je, so durfte in diesem Augenblick die Sozialdemokratie sich sagen: meine Zukunft ist die Zukunft der deutschen Republik, des deutschen Volkes. Nicht Verantwortung für die Partei stand gegen Verantwortung für das Ganze, beides fiel gerade in dieser historischen Phase zusammen.

Schwächung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften schwächt das festeste Bollwerk gegen Faschismus und Bolschewismus, das bisher Deutschland vor dem Zusammenprall im Bürgerkrieg, vor einer Katastrophe bewahrt hat. Sturz der Regierung Brüning — und nach ihren Erklärungen stand nichts anderes mehr zur Entscheidung — hätte es auch den Einsichtslosen oder Böswilligen unmöglich gemacht, die Sozialdemokratie mit irgendeiner Verantwortung für die Notverordnung zu belasten. Sie hätte der Stimmung der Massen im Augenblick entsprochen, die eine offene Kampfhandlung mit Genugtuung begrüßt hätten.

Hätte aber diese Stimmung angehalten?

Der Sturz der Regierung hätte die Panik vermehrt, hätte die wirtschaftliche Lage akut verschlechtert. Die Aussichten auf eine Verbesserung der Notverordnung hätten sich verringert. Die neue Regierung wäre eine Regierung des offenen Verfassungsbruches und der Ausschaltung des Reichstags geworden. Denn die starken Kräfte, die zu dieser Lösung drängen, wären übermächtig geworden, wenn der Sturz der Regierung Brüning von links her erfolgt wäre.

Der Sturz der Regierung hätte die Aussichten auf eine Erleichterung von außen, auf einen Erfolg der Schritte zur Verringerung der Reparationslasten zunächst verschüttet.

Und die Zukunft der Partei? Der Sturz der Reichsregierung hätte die Räumung der Position in Preußen und den anderen Ländern zur unausweichlichen Folge gehabt. Braun und Severing hätten sich nicht zu Bütteln einer Rechtsregierung machen können, deren erster Schritt die Verhängung des Ausnahmezustandes gewesen wäre. Wir hätten den Kampf gegen die neue Regierung gar nicht mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen können, wenn sozialdemokratische Minister und Polizeipräsidenten für die Einsetzung der staatlichen Machtmittel gegen die kämpfenden Massen die Verantwortung hätten tragen müssen. Das Ziel der Hugenberg und Hitler, die völlige Vernichtung sozialdemokratischer Machtpositionen, es wäre restlos erreicht worden. Und wären wir dann nicht von den Massen für diese Folgen verantwortlich gemacht worden, die wir doch hätten voraussehen müssen?

Und doch blieb die bange Frage, was dann, wenn trotz der Vermeidung der Krise im Augenblick die Gefahren fort-dauern, der Kampf doch unausweichlich wird?

Die Gefahren, die der Sturz der Regierung Brüning in diesem Augenblick heraufgeführt hätte, standen sichtbar vor aller Augen, waren sicher und konnten von niemandem bestritten werden. Sie mußten deshalb vermieden werden. Die Gefahren, die uns jetzt bedrohen, entstehen in einer s c h o n v e r ä n d e r t e n Situation.

Die Reichsregierung änderte ihre starre Haltung nur wenig in den allerletzten Stunden, indem sie sofortige Verhandlungen und Milderungen in der Ausführung der Notverordnung zusagte. Eine verantwortungsvolle Regierung hätte die Pflicht gehabt, eine solch überaus scharfe Zuspitzung des Konfliktes — die unverantwortliche Haltung der Deutschen Volkspartei soll dabei allerdings nicht vergessen bleiben — zu vermeiden. Der Demissionsbeschluß war ein Hasardspiel und keine verantwortungsbewußte Regierungshandlung. Aber gerade dies

bedeutet für die Zukunft, daß jetzt die ganze Verantwortung für die weitere Entwicklung der politischen Situation auf der Regierung und nur auf der Regierung lastet. Sie muß wissen und es als sicheren Faktor in ihre politische Rechnung einstellen, daß sie eine solche Situation nicht noch einmal herbeiführen darf, ohne die Schuld für alle Folgen auf sich und auf sich allein zu laden. Die Sozialdemokratie hat die Regierung Brüning unter den schwersten Opfern toleriert. Wir haben eine Regierung toleriert, in der das Zentrum die politische Hauptverantwortung trägt, und von der wir erwarten konnten, daß in ihr das Zentrum gegen den Abbau der Sozialpolitik wenigstens einigen Widerstand leisten und den Weg nach rechts hemmen werde. Wir haben aber kein Interesse daran, aus der Regierung Brüning eine Diktatur Dingeldey, seiner Hintermänner und der dann bereitstehenden Nachfolger werden zu lassen. Die Regierung darf nicht mehr Konzessionen an die Sozialreaktionäre und an die Feinde der Demokratie machen, auch nicht auf die Gefahr, von rechts gestürzt zu werden. Tut sie es doch, so liegt die Verantwortung klar und sie liegt nicht bei der Sozialdemokratie. Dann fällt Brüning, dann fällt das Zentrum auf der reaktionären Front. Die Sozialdemokratie ist jetzt f r e i in den künftigen Entscheidungen.

Eine Veränderung in der Situation kann von der auswärtigen Politik kommen. Der einzig aussichtsreiche Weg, in der Reparationsfrage ohne Verschärfung der Krise vorwärts-zugehen, scheint von den Vereinigten Staaten eröffnet zu werden. Werden die Fehler der jüngsten Zeit verbessert, wird ohne Rücksicht auf die innerpolitischen Bedürfnisse der Nationalisten die internationale Kooperation auch von der deutschen Regierung mit herbeigeführt, die zur Lösung des schwierigsten internationalen Problems unerläßlich ist, so stärkt der Reichskanzler seine Stellung sowohl gegenüber dem jetzt besonders heftig werdenden Feinden von rechts als auch gegenüber dem Reichspräsidenten. Er kann dann den Zumutungen der Reaktion endlich stärkeren Widerstand entgegenzusetzen. Und wieder trägt er und er allein die Verantwortung, wenn Nachgiebigkeit gegenüber den Nationalisten den Weg aufs neue verbaut.

Die politische Krise ist auch nach dem Beschluß der Reichstagsfraktion nicht behoben, all die Elemente, die sie bedingen, bleiben bestehen. Der Kampf um die Notverordnung muß fortgeführt werden und wieder wird die Entscheidung bei der Regierung liegen, sie wird wählen müssen, welchen Feind sie sich sucht.

Wir haben jeder schwer um die schwerste Entscheidung gerungen. Wir glauben, wir hoffen, die große Mehrheit der Fraktion hat richtig gewählt. Wir dürfen uns, wir dürfen den Massen sagen, daß wir uns in absehbar Schlimmes geschickt, um unabsehbar Schlimmeres zu vermeiden. Und wir dürfen trotz alledem vertrauen, daß wir verstanden werden. Wenn es in der Trostlosigkeit seit dem 14. September einen Lichtblick, eine Gewähr für die Zukunft gegeben hat, so war es doch dies: die Massen haben verstanden, was der Kampf um die Demokratie bedeutet. Trotz aller Prüfungen haben sie in bewunderswertem Idealismus das p o l i t i s c h e Ziel vor alles andere gesetzt. Wir haben unsere Geschlossenheit und Stoßkraft gestärkt, wir haben unsere Organisation gekräftigt, mit neuem Leben erfüllt. Und jetzt erst recht! Der Kampf gegen die Notverordnung ist zugleich Kampf gegen den Faschismus und für die Demokratie. Er kann nicht im Parlament des Faschismus geführt werden, er kann nur geführt werden in den Massen selbst, in ihrer Aktivierung, in ihrer Gewinnung für die Partei und die Gewerkschaften. Die einen von uns fürchteten die Erschwerung dieses Kampfes durch die Tolerierung der Regierung, die anderen seine Erschwerung durch den Regierungssturz. Aber all die Befürchtungen, wir werfen sie jetzt hinter uns und so dunkel der neue Tag anbricht, er ruft uns alle vereint und geschlossen zum neuen Kampf.